

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1850

Redaktionsschreiber: Redaktion Dresden  
Bundesverlag: Redaktion Dresden  
Postfach 10011  
Schiffbaustrasse 10, Düsseldorf  
Dresden - H. 1, Marienstraße 20/22

Bezugspreise vom 1. Mai 1930 bei täglich zweimaliger Auflistung und dem 1.70 Tgl.  
Goldmarkpreis für Monat Mai 1.40 Tgl. einheitl. 90 Pf. Goldmarkpreis für Goldmarkausgabe.  
Goldmarknummer 10 Pf., außerhalb Kreis 15 Pf. Ausgabenpreise: Die Kästen werden nach  
Goldmark berechnet: die einzelpf. 80 mm breite Seite 35 Pf., für enthalts 40 Pf. Familien-  
angelegen und Steuerangebote ohne Radatt 15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 90 mm breite Reklamemappe  
200 Pf., außerhalb 300 Pf. Offizierangebot 30 Pf. Zustandserklärung gegen Bezahlung

Bund u. Verlag: Bierlich & Weißbach,  
Dresden, Postfach 10011 Dresden  
Nachdruck nur mit brutto. Quellenangabe  
(Dresden, Radebeul, Plauen, Leipziger  
Geschäftsstelle werden nicht aufbewahrt)

## „Sieht stehen wir vor der Wirklichkeit“

### Nicht die Fraktionen: die Regierung soll führen!

Der Kanzler auf einem Zentrumsparteitag in Breslau

**Breslau, 9. Mai.** Auf der Provinzialversammlung der niederschlesischen Zentrumspartei hielt Reichskanzler Dr. Brüning folgende bedeutsame politische Rede:

Wir waren uns darüber klar, daß mit der Annahme des Youngplanes ein Einschnitt in die Geschichte des deutschen Volkes nach der äußeren und innenpolitischen Seite geschaffen wurde. Wir haben uns in den vergangenen Jahren vielfach über die Lasten der Reparationen hinweggetäuscht, weil wir zum größten Teil zunächst einmal aus ausländischen Anleihen bezahlt haben, und wir haben mit diesen auch ein gewisses Blühen der deutschen Wirtschaft befürchtet können.

Jetzt stehen wir vor der nächsten Wirklichkeit, der wir ohne Illusionen klar ins Auge sehen müssen.

Und das ist der Unterschied gerade nach der innenpolitischen Seite. Die Zentrumspartei hatte das Verlangen gestellt, daß man nicht einfach den Youngplan annehmen soll, der sehr viele Gedanken in sich schloß, sondern daß man gleichzeitig einen Teil der inneren politischen Konsequenzen ziehen soll. Es ist natürlich einfach, solche Belastungsverträge anzunehmen, aber sehr schwer, sich nachher verantwortlich für deren Durchführung einzuführen. Ich glaube, die Entwicklung hat gezeigt, daß wir mit unserer Befürchtung nur allzu sehr Recht hatten. Weshalb ist das Kompromiß von den Sozialdemokraten im letzten Augenblick abgelehnt worden? Angeblich wegen der Verführungen in bezug auf die Arbeitslosenversicherung. In dem letzten Kompromiß der Demokraten und der Zentrumspartei stand aber nichts von einem Zwange zur Herausbildung der Leistungen, nichts von einem Zögern der Darlebenspflicht des Reiches für die Reichsanstalt. Es kam doch zunächst einmal darauf an, die Kassenanleihe durchzuführen und dann die Entscheidung über die Arbeitslosenversicherung. In dem letzten Kompromiß der Demokraten und der Zentrumspartei stand aber nichts von einem Zwange zur Herausbildung der Leistungen, nichts von einem Zögern der Darlebenspflicht des Reiches für die Reichsanstalt. Es kam doch zunächst einmal darauf an, die Kassenanleihe durchzuführen und dann die Entscheidung über die Arbeitslosenversicherung einzuleiten. Es ist heute sehr schwer, zu beurteilen, welche Gründe die sozialdemokratische Fraktion veranlaßt haben, damals aus der Regierung zu gehen. Erst die nächsten Wochen und Monate dürften darüber eine wirkliche Aufklärung bringen. Sicher ist das eine, daß der Schritt, den die Reichsfraktion getan hat, nicht von der sozialdemokratischen Partei gebilligt wurde und daß jetzt doch die Stimmen aus dem sozialdemokratischen Lager zwar vorsichtig, aber deutlich genug eine Kritik an dem Verhalten der Fraktion aussprechen.

Der Kanzler besprach dann die scharfe Kritik der sozialdemokratischen Presse. Die sozialdemokratische Partei hatte

schließlich ein Interesse daran, die Fehler der Politik der eigenen Fraktion durch Angriffe gegen die übrigen Parteien möglichst vor den Augen der eigenen Wähler zu verdecken. Die sozialdemokratische Presse hat das aber in einer Form und einem Ausmaß getan, daß mir der Wahrheit oft auf klärstens Kriegsstand stand.

Einmal kommt der Tag, wo nicht mehr aufgehoben werden kann, wo die ganzen Schwierigkeiten aus den Jahren vergangener Jahre sich katastrophal zusammensetzen und das deutsche Volk und die Wirtschaft die soziale Lage seiner Arbeiterschaft und der übrigen Schichten vielfach von Grund aus bedrohen.

Das war die Lage, vor die das neue Kabinett von Anfang an gestellt war. Wir müssen, da wir nun frei sind von der ausländischen Kontrolle, alle Kraft daran setzen, unsere Finanzwirtschaft in Ordnung zu bringen, damit uns nicht der Vorwurf des willkürlichen Zahlungsrückstands gemacht werden kann. Es stehen dem Kabinett Aufgaben bevor, die nur im Zusammenhang und zum Teil schriftlich selbst werden können, für die das Kabinett aber alle Autorität eingesetzt wird, denn es geht nicht so weiter wie in den vergangenen Jahren, daß die Regierung aus mancherlei Schwierigkeiten heraus nicht mehr die Politik macht, sondern die Politik in den Fraktionsverhandlungen gemacht wird.

Eine Regierung muß den Mut haben, zu führen und entschlossen sein, mit allen Mitteln, die die Verfassung gibt, dafür einzutreten, daß das zur Rettung des deutschen Volkes für notwendig Erkannte auch tatsächlich parlamentarisch durchgeführt wird.

Ich habe den Eindruck, daß es an dem deutschen Volke vielfach mit Bleischwere gehangen hat, daß man vermisste, daß die Regierung tatsächlich führe. Das hat zweifellos auch dazu geführt, daß eine gewisse Misströmung und ein Pessimismus sich breitgemacht haben, deren politische Auswirkung wir an dem ungeheuren Anwachsen radikaler Gruppen rechts und links im ganzen Lande zu verzeichnen hatten. Ich bin der Überzeugung, daß wir der radikalen Stimmung Herr werden, wenn die neue Regierung vor den Reichstag tritt, um zu führen und für ihre Gesetzesvorlagen einzutreten, oder aber die Konsequenzen zu ziehen. Das wird dann eintreten, wenn die Wähler das Gefühl haben, daß eine Führung da ist, bereit für das, was sie als richtig erkannte, sich auch energisch einzuleben.

### Die Aufgaben des Kabinetts

Der Kanzler ging dann auf die Aufgaben des Kabinetts ein. Nach dem Youngplan und der Befreiung der Rheinlande müsse man zunächst einmal innenpolitisch den vorher aus außenpolitischen Gründen nach dem Westen gerichteten Blick des deutschen Volkes nunmehr nach dem Osten lenken. Dabei müsse zunächst an den Wiederaufbau der schwer zerstörten Landwirtschaft im deutschen Osten gedacht werden, um zu verhindern, daß die Landwirtschaft des deutschen Ostens einer völligen Katastrophe entgegengesetzt. Man müsse nach einem großen und durchdachten Programm handeln und schriftweise die Wirtschaft des deutschen Ostens wieder aufzubauen. Dieses Bestreben der neuen Regierung sei auch in ihrem Agrarprogramm zum Ausdruck gekommen, und zwar angehoben der Gefahren, die sich aus dem Übermaß von ausländischen Getreide in den großen Ausfuhrländern ergeben. Deshalb habe die Regierung gefordert, ihr die Ermächtigung zu geben, die Sollpolitik bei den wichtigsten Getreide- und Buttermittelpunkten elastisch zu handhaben. An den Richtpreisen im Jahresdurchschnitt werde auch das neue Reichskabinett in seinen eigenen gesetzgeberischen Befreiungen festhalten.

Infolgedessen werde sich vom Standpunkt der Verbraucher nicht das ergeben, was die sozialdemokratische Presse ihren Lesern in der vergangenen Woche vorgelegt habe, denn der Verbraucherschutz sei gegenüber den Beschlüssen der früheren Regierung in gar nichts geändert worden.

Gewisse Fehler in den früheren agrarpolitischen Maßnahmen hätten darin gelegen, daß der Schuß für die Viehzucht, die momentan von Kleinbauern betrieben werde, nicht ausreichend vorgenommen war.

Der Reichskanzler behandelte dann die ungewisse Verhältnisse der östlichen Landwirtschaft. Wenn jetzt nicht ein geordnetes werden, müsse ein völliger Zusammenbruch der Kreditpolitik der deutschen Landwirtschaft, namentlich im gesamten Ostengrafschaft, eintreten. Wenn eine große Menge von Gütern jeder Großenklasse aus einem im Osten auf den Markt zur Zwangsversteigerung komme, dann würde auch die Lage der Arbeiterschaft in ihrer Existenzgrundlage vollkommen erschüttert werden, was ebenso einen Zusammenbruch des Mittelstandes zur Folge haben könnte. Auf der anderen Seite könne nicht jeder landwirtschaftliche Betrieb im Osten für alle Zukunft saniert werden. Wir werden in diesem Gesamtprogramm auf landwirtschaftlicher Grundlage andere Maßnahmen hinzufügen müssen, und zwar die Förderung der Neu- und Anliegerförderung, die mit dazu helfen kann, zu einer Gegenwart des Gehöftgrundbesitzes im Osten zu kommen. Wenn das gelingen soll, dann müssen allerdings auch die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß die Wirkstände, die bisher mit der Besiedlung verbunden waren, für die Zukunft aufgeschlossen werden. Das, was wir für die nächsten Jahre vorhaben, ist mir sehr-

weise auszubauen, indem wir anfangen, erst einmal an der Landwirtschaft zu arbeiten und unsere Fürsorgemaßnahmen Schritt für Schritt im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten auf die übrigen Zweige der Wirtschaft auszudehnen.

#### Die Frage der Arbeitslosigkeit

bezeichnete es Brüning als wichtiges Ziel, zu einer Gesundung der kommunalen Finanzen zu kommen, denn dann seien die Gemeinden auch wieder in der Lage, in stärkerer Weise Arbeiten ihrerseits zu vergeben und von ihrer Seite aus auf das Erwerbslosenproblem mildernd einzutreten. Die Erwerbslosenfrage werde die neue Reichsregierung ganz besonders beschäftigen. Sie werde eine Reihe von Maßnahmen zu treffen haben, um den Arbeitsmarkt, vor allem den Baumarkt, in Gang zu bringen. Dazu gehören vor allen Dingen die Aufhebung der Kapitalertragsteuer für die festverbindlichen Papiere, die den Zweck haben, billige Pfandbriefe und damit billige Hypothekenklausuren herbeizuführen. Das sei der erste Anlauf zu einer Belebung des Baumarktes. An der Kontinuität unserer Handelspolitik müsse unbedingt festgehalten werden. Desgleichen habe das Reichskabinett den deutsch-polnischen Handelsvertrag verabschiedet. Auch an das große Problem der Erwerbslosenversicherung müsse das Reichskabinett jetzt herangehen. Es sei zunächst auch in diesem Sommer mit einer erheblich höheren Erwerbslosenlast als in den vergangenen Jahren zu rechnen. Kapital sei aber nicht vorhanden für langfristige Anlagen. Das Vertrauen fehle. Es müsse eine parlamentarische Finanzpolitik gemacht werden, damit das Vertrauen zurückkehre.

Das zwingt uns aber, für die Erwerbslosenversicherung noch in diesem Jahre erheblich höhere Mittel aufzubringen.

Der Reichskanzler hob zum Schlusse hervor, in welcher schwierigen Lage sich das Kabinett angelichtet der schweren Opposition der Rechten und der Linken befindet. Er halte es für wünschenswert, wenn die notwendigen Maßnahmen ohne Hilfe des Artikels 48 getroffen werden könnten. Aber Przedessfälle habe es schon in früheren Zeiten, und zwar zur Zeit der Reichspräsidenten Gérard, gegeben. Doch das sei nicht das Entscheidende.

Entscheidend sei nur, dem Parlament nicht zu gestatten, der Verantwortung anzuhören, sondern das Parlament

zu zwingen, die Verantwortung zu übernehmen. Das müsse er auch als die Hauptaufgabe dieser Reichsregierung bezeichnen. Ohne parlamentarische Verantwortung sei es nicht möglich, zu einer Befriedung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu kommen. Wenn es so gemacht werde, wie es jetzt der Fall gewesen ist, dann diene man nicht der Demokratie, sondern trage dazu bei, daß diese Demokratie in Mißkredit komme. Wir müssten bestrebt sein, daß die Entwicklung ruhig und stabil bleibe.

### „Schwimmende Särge“

Der Panzerkreuzer A hat den Reichstagsturm überstanden, der Panzerkreuzer B braucht sich den Gefahren des Plenums gar nicht mehr auszusetzen. Die Weimarer Parteien — Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum — haben ihn bereits vorher im Haushaltsausschuß torpediert. Panzerkreuzer sind unserem Reichstag verhaft. Wir entzünden uns noch der Tragikomödie, die die Sozialdemokratie um das erste Panzer Schiff anstelle. Vor der großen Reichstagswahl am 10. Mai 1928 schrien alle Wahlplakate, brüllten alle Motorlaufsprecher, alle diese kleinen und erkrecht die großen Agitatoren der damals wie heute in munterer Opposition befindlichen Sozialdemokratie: „Kinderpeisung statt Panzerkreuzer! Kinderpeisung statt Panzerkreuzer!“ Eine Wahlparole, ebenso verlogen wie wirkungsvoll für den Mann auf der Straße. Als dann die großen Agitatoren der Sozialdemokratie auf den Ministerleibeln sahen, änderte sich das Bild. Der im Bau befindliche Panzerkreuzer wurde weitergebaut. Die Sozialdemokratie, wohl wissend, daß die Rechte das Schiff nicht ablehnen würde, konnte es sich also leisten, um der Agitation willen gegen die eigene Regierung zu stimmen, während die Genossen Reichskanzler und Minister für den Panzerkreuzer und gegen die eigene Partei stimmten. Die Unaufrichtigkeit feierte Orgie, der Parlamentarismus der Linken übertrug sich selbst. Und die bürgerlichen Regierungsparteien liehen sich das Gaufestspiel, das die Sozialdemokratie ihrer Wählerschaft vormachten, ruhig gefallen. Inzwischen einigte sich das Kabinett für die weiteren Erfahrungen auf dem Boden eines wie üblich schlechten Kompromisses. Man verzichtete für das Jahr 1929 auf die Einsetzung der ersten Note für das Panzer Schiff B, und dafür beschloß das Kabinett einstellig, einschließlich der vier sozialdemokratischen Minister, mit dem nächsten Etat einen Schiffsbauplan vorzulegen, der auch den Erfolg der U-Boote, also den Panzerkreuzer, regeln sollte. Und trotzdem ist nichts erfolgt. Kein Schiffbauprogramm wurde ausgestellt. Die Sozialdemokratie hatte sich nach der Annahme des Youngplanes aus der Regierung geföhnt und das bürgerliche Kabinett Brüning hatte dem Reichstag erklärt, daß es selbst für den Panzerkreuzer B keine Initiative ergreifen werde. Das starke Kabinett, das durch das Einbrechen Hindenburgs dem Reichstag aufgeworfen wurde und mit ihm um die nationalpolitischen Forderungen ringen sollte, überließ dem Parlament die Verantwortung. Wie nicht anders zu erwarten war, torpedierten die Weimarer Parteien das Panzer Schiff, das der Reichsrat auf Ostpreußens Wunsch kurz vorher gesordert hatte.

Und die Gründe? Rücksicht auf die gegenwärtige Notlage des Reiches, Rücksicht auf die psychologische Wirkung im Ausland, Rücksicht auf die sozialdemokratische Agitationsphrase, das Geld müsse für soziale Zwecke verwendet werden. In der Tat, diese Schlagworte erscheinen für denjenigen, der sich nicht tiefer mit diesen Fragen beschäftigte, nicht gerade uneben. Geht man den Fragen aber auf den Grund, dann nimmt man mit Schrecken wahr, wie unerhört leichtfertig die Mehrheit des Reichstages nicht nur mit ernsten Zukunftsfragen des Reiches, sondern auch mit dem gegenwärtigen Leben unserer Marineangehörigen gespielt hat.

Zunächst die eine Feststellung, die in der Reichstagsdebatte nicht genügend gewürdigt wurde: der Panzerkreuzerneubau ist keine zufällige Vereicherung unserer Marine, sondern als Erstbau für unsere U-Bootsflotte bestimmt. Die vier U-Bootsflotten aber, die uns der Versailler Vertrag von unserer einst so stolzen Flotte ließ, waren ausgerechnet die ältesten Räosten. Das längste ist 28 Jahre und das älteste 25 Jahre. Vergangenwärts hat sich der technische Fortschritt, der in diesen langen Jahren ein geradezu stürmisches Tempo angenommen hat, erinnert man sich des Elters, mit dem die Seemächte ihre Flotten ausgebaut und vervollkommen haben, dann kann man ungefähr ermessen, daß sich unsere U-Bootsflotten gegenüber modernen Schiffen gleicher Bauart einfach vorzinsätzlich aufnehmen müssen. Aber noch mehr! Unsere alten Räosten sind überhaupt nicht mehr gefechtsfähig. Ist es nicht erschütternd zu hören, daß von den 14 Räosten zweier U-Bootsflotten im vorigen Jahre sechs Räosten nicht mehr geheißen werden konnten? Diese Schiffe, die für den modernen Seekrieg schon in ihren guten Tagen viel zu langsam waren, müssen unter diesen Umständen bereits im Frieden als nebenbei unbrauchbar bezeichnet werden. Solche Schiffe für den Ernstfall einzusehen, kann kein verantwortlicher Kämpfer wagen. Das wäre glatter Mord der Bevölkerung. Mit Recht hat daher ein Abgeordneter der Rechten im Reichstag diese Schiffe als „schwimmende Särge“ bezeichnet. Und diese morschen, altersschwachen, lebensgefährlichen Räosten, die nur blutiger Hohn immer noch als U-Bootsflotte bezeichneten kann, weigert sich eine verblendete Parlamentsmehrheit durch moderne und zweckmäßige Panzerkreuzer zu erschaffen! Ja noch mehr. Die Linken, sonst feindselig auf das Wohl der Angehörigen der Wehrmacht bedacht, mutet die schwimmenden Särge unseres Matrosen als Behausung zu! Auch hier handeln sie im wahrsten Sinne des Wortes orthodoyer als die Väter von Versailles. Unsere Gegner haben uns gestattet, daß ein U-Bootsflotte, das 20 Jahre alt geworden ist, erhebt

SLUB  
Wir führen Wissen.